

15.10.2016

Inhalt:

CDU-Gericht: Ausschluss aus CDU-Fraktion	S. 01	Abstimmung zu Straßennamen im Kulturausschuss	S. 03
Müllverbrennungszentrum im Hafen?	S. 02	SPD fordert mehr Transparenz im Stadtrat	S. 04
Für Schulstandort Herbrum	S. 03	Verbesserungen im ÖPNV statt Kürzungen	S. 04

Januar 2007

## Aussteiger-Trio muss gehen

### CDU-Gericht schließt Abeln, Dr. Eissing und Kruse aus – Beschwerde?

hh PAPENBURG. Die Entscheidung ist eindeutig und auf mehreren Seiten detailliert begründet. Die drei Papenburger Ratsherren Hermann-Josef Abeln, Dr. Volker Eissing und Bernhard Kruse müssen ihr CDU-Parteibuch abgeben, weil sie nach Ansicht des Parteigerichtes gravierend gegen die Satzung der Partei verstoßen und der CDU schweren Schaden zugefügt haben. Offen ist derzeit noch die Frage, ob das Trio das Urteil des Parteigerichtes hinnehmen oder beim Landesparteigericht Beschwerde einlegen wird.



Nach 27 Jahren aus der CDU ausgeschlossen: Hermann-Josef Abeln.



Nach fast 16 Jahren nicht mehr Mitglied: Dr. Volker Eissing.



Nach nur einem Jahr bereits ausgeschlossen: Bernhard Kruse. Fotos: Holger Hartwig

Die drei Ratsherren, die aus der CDU-Stadtratsfraktion ausgetreten und die „Gruppe Neue CDU“ ins Leben gerufen haben, wollen sich erst im Laufe dieser Woche zu dem Urteil äußern. Dr. Volker Eissing

erklärte auf Anfrage: „Wir werden gemeinsam beraten und dann erklären, wie wir mit dem Urteil umgehen.“

Das Parteigericht unter Leitung des Papenburger Rechtsanwaltes und Notars Dieter Gerken und den beisitzenden Richtern Hermann Eiken und

Ewald Vooren hatte bereits am vergangenen Mittwoch über den Ausschlussantrag des CDU-Kreisvorstandes beraten. In einer mehrstündigen mündlichen Verhandlung war auch das Aussteiger-Trio zu Wort gekommen, hatte das Gericht allerdings nicht von ihrer Sichtweise der Dinge überzeugen können. Das Trio, so geht aus dem Beschluss des Gerichts hervor, hatte seinen Austritt aus der CDU-Fraktion unter anderem damit begründet, dass es „die politischen Ziele der CDU gefährdet sah und die Stadtpolitik nicht der FDP überlassen wollte“. Zudem habe der jetzige Fraktionsvorstand „gravierende Fehler gemacht (...), die gegen die Politik und Ziele der CDU verstoßen“. Weitere Argumente waren Personalentscheidungen in der Fraktion, die dafür gesorgt hätten, dass der Stadtteil Aschendorf nicht mehr ausreichend politisch vertreten“ und „somit faktisch der FDP überlassen worden“ sei.

Ein weiteres Thema waren die Presseäußerungen der zur Disposition stehenden Mitglieder. In einer Erklärung hatten sie der neuen CDU-Fraktionsführung Intrigenspiel, Feindseligkeit und Moralver-

lust vorgeworfen und zur Wahl der FDP aufgerufen. Der Versuch, diese Vorwürfe als rhetorische Mittel zu rechtfertigen, scheiterte. In dem Urteil heißt es dazu: „Damit kann die absolut unangemessene Wortwahl nicht relativiert werden.“

Die Richter sahen in dem Verhalten und den öffentlichen Erklärungen des Trios gegenüber der CDU-Stadtratsfraktion ein „mangelndes und fehlendes Demokratieverständnis“ und bewerteten es als „in höchstem Maße illoyal“.

Neben der „verletzenden Kritik“ an Parteikollegen spielten für das Gericht auch die Auswirkungen des Fraktionsaustritts eine entscheidende Rolle. Die Richter stellten fest, dass die CDU durch diese Austritte „die absolute Mehrheit im Stadtrat und einen Sitz im wichtigen Verwaltungsausschuss der Stadt verloren hat.“ Zudem ging das Gericht auch auf die Bezeichnung „Gruppe Neue CDU“ ein. Mit dieser Gruppe seien sie in Konkurrenz zur CDU getreten und hätten auch trotz deutlicher Abmahnung durch den Kreisvorstand an der Bezeichnung festgehalten. Auch das sei ein „gravierender Verstoß“.

#### Was kann zu Ausschluss führen?

Das Kreisparteigericht besteht aus der bzw. dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern. Die Mitglieder des Kreisparteigerichtes dürfen nicht Mitglied des Parteivorstandes, eines anderen Parteigerichtes sein und in einem Dienstverhältnis zur Partei stehen. Sie sind unabhängig und nicht an Weisungen innerhalb der Parteistrukturen gebunden und werden für höchstens vier Jahre gewählt.

Einen Antrag auf Ausschluss eines Mitglieds kann beim Parteigericht nur der jeweilige Kreisvorstand stellen. Von parteischädigendem Verhalten wird in den Satzungen der Parteien gesprochen, wenn ein Mitglied gleichzeitig einer anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppe angehört. Stellung in den Medien gegen die Politik der CDU nimmt oder als

Kandidatin bzw. Kandidat der CDU in ein Kommunalparlament gewählt ist und der CDU-Fraktion nicht beiträgt oder aus ihr ausscheidet. Weitere Ausschlussgründe können die Weitergabe vertraulicher Parteivorgänge an politische Gegner, Vermögensveruntreuung oder die rechtskräftige Verurteilung wegen einer ehrenrührigen strafbaren Handlung sein.

15.10.2016

## „Nicht das Ende der Fahnenstange“ Geteiltes Echo aus der Stadtpolitik auf das Urteil des Kreisparteigerichtes

hh PAPENBURG. Recht unterschiedlich fallen die Reaktionen der Stadtratsfraktionen und von Bürgermeister Jan Peter Bechtluft auf den CDU-Ausschluss der Ratsherren Hermann-Josef Abeln, Dr. Volker Eissing und Bernhard Kruse aus.

**Bürgermeister Jan Peter Bechtluft:** „Mir ist wichtig, dass wir in die Stadtpolitik Ruhe bekommen. Die Entscheidung ist Sache der CDU. Die juristische Begründung für den Ausschluss halte ich in der Sache für konsequent und nachvollziehbar. Für mich als Bürgermeister hat die Entscheidung keine Auswirkung. Ich will mit allen

Ratsmitgliedern vernünftig und zielorientiert arbeiten.“  
**CDU-Fraktionsvorsitzender Carsten Schüler:** „Wir begrüßen das Urteil. Es ist sehr detailliert und in der Aussage eindeutig. Das Parteigericht hat sich viel Mühe gegeben, die Zusammenhänge aufzuarbeiten. Für uns bedeutet die Entscheidung einen klaren Schnitt. Das Thema ist damit für uns abgeschlossen, und wir werden uns jetzt ausschließlich den wichtigen Sachfragen für die Stadt Papenburg widmen.“

**FDP-Fraktionschef Hans-Michael Goldmann:** „Grundsätzlich ist das natürlich eine Sache der CDU. Wenn so et-

was in der FDP passiert wäre, dann wäre die getroffenen Entscheidung für mich eine logische Konsequenz. Auf die kommunalpolitische Arbeit hat der Ausschluss der drei Ratsherren keine Auswir-

– ANZEIGE –

**Ihre Immobilie**  
[www.vr-emsland.de](http://www.vr-emsland.de)

kungen. Wir wollen gemeinsam mit der CDU, aber auch mit allen anderen Parteien, die Stadt nach vorne bringen. Das läuft zwischenzeitlich nach meiner Einschätzung ganz gut an.“  
**SPD-Ratsherr und Frakti-**

**onspressesprecher Peter Raske:** „Die CDU muss wissen, was sie tut. Mit dieser Entscheidung schafft die CDU mit einem Gewaltakt Klarheit. Ob das eine tatsächlich sinnvolle Entscheidung ist, wird sich noch zeigen. Ich bin gespannt, ob es auch ein Verfahren gegen Carsten Schüler, Sascha Kleinhaus und Dr. Burkhard Remmers gibt. Sie haben im Wahlkampf den unabhängigen Bürgermeisterkandidaten Jan Peter Bechtluft unterstützt. Das ist nach meinem Verständnis genauso parteischädigendes Verhalten. Das Verhalten von Dr. Eissing, Kruse und Abeln ist meines Erachtens eine Re-

aktion auf diese Vorgänge und den Putsch der jungen Kräfte gewesen. Ich bin überzeugt, dass die aktuellen Vorgänge nicht das Ende der Fahnenstange sind, es wird in dieser Wahlperiode noch zu einigen Schwierigkeiten kommen. Ich bin überzeugt, dass die Zusammenarbeit von CDU und FDP nicht auf Dauer halten wird.

**Ratsherr und Grünen-Kreisvorsitzender Nikolaus Schütte zur Wick:** „Die Entscheidung ist für mich eine große Überraschung, denn es ist für ein Parteigericht gar nicht so einfach, jemanden auszuschließen. Meiner Meinung nach müssen, wenn die

Ratsherren Dr. Eissing, Abeln und Kruse ausgeschlossen werden, auch andere aufpassen, nicht ausgeschlossen zu werden. Damit meine ich Carsten Schüler, Dr. Burkhard Remmers und Sascha Kleinhaus. Auch gegen diese drei könnte es, wie zu lesen war, ja noch zu einem Verfahren kommen. Für uns haben diese CDU-internen Vorgänge keine Auswirkungen. Wir wollen mit allen Ratsmitgliedern gut zusammenarbeiten, wir unterscheiden bei Sachthemen nicht nach Zugehörigkeiten. Die Arbeit im Rat ist meiner Meinung nach auch zwischenzeitlich sehr gut angelaufen.“

### KOMMENTAR

## Folgerichtig

Von Holger Hartwig

Das Urteil des CDU-Parteigerichtes ist folgerichtig. Denn die Parteirichter hatten nicht zu beurteilen, ob sich Abeln, Dr. Eissing und Kruse moralisch und politisch in den vergangenen Monaten richtig oder falsch verhalten haben.

Das Parteigericht hatte nur zu klären, ob das Trio beispielsweise durch seinen Fraktionsaustritt und den Wahlauftritt für die FDP gegen die Parteisatzung verstoßen und sich parteischädigend verhalten hat.

Das ist wie bei einem Verkehrsdelikt. Wenn ein Autofahrer zu schnell und bei Rot über die Ampel gefahren ist, wird er nicht gefragt, warum er das getan hat. Und sein Verhalten kann er auch nicht damit rechtfertigen, dass ja vor ihm bereits andere gegen die Regeln verstoßen haben.

Die CDU als Partei hat nun wieder klare Verhältnisse. Ruhe wird deshalb im politischen Papenburg aber trotzdem noch lange nicht einkehren.

[h.hartwig@ems-zeitung.de](mailto:h.hartwig@ems-zeitung.de)

Ems-Zeitung 22.01.2007

## Müllverbrennungszentrum im Papenburger Hafen?

Das Biomasseheizkraftwerk beantragte eine Genehmigung für die probeweise Verbrennung von hoch belasteten Bahnschwellen bei der Stadt.

Die SPD befürchtete, dass damit der Katalog der für die Verbrennung erlaubten Stoffe in der Betriebsgenehmigung aufgeweicht würde.

In dem Kraftwerk wurden mit einer elektrischen Leistung von 20 Megawatt jährlich an die 130.000 Tonnen Altholz verbrannt. Um bei der Betriebsgenehmigung die Verbrennung von Hühnermist auszuschließen, wurde ein Katalog für die Verbrennung erlaubter Stoffe zum Bestandteil der Betriebsgenehmigung gemacht. Weil jetzt die Altholzmenge knapp wurde, wollte man möglicherweise die Verbrennungsstoffe ausweiten.

Die SPD-Fraktion befürchtete einen Einstieg in die Müllverbrennung mit hochbelasteten Stoffen und erinnerte daran, dass vor Jahren eine HTVA in Papenburg und Dörpen erfolgreich verhindert werden konnte. Die SPD sprach sich gegen eine Müllverbrennung in Papenburg aus. Auch einer Verbindung der Bioethanol-Anlage mit einer dazu notwendigen Verbrennungsanlage für die Wärmegewinnung stand die SPD kritisch gegenüber. Besorgt war die SPD auch über die Genehmigung für die Aufbereitung kleiner Mengen hochbelasteten Holzes bei BIRO. Langsam entwickelte sich dies Gelände zum Zwischenlager für weitere Verbrennungsstandorte in der Region. Der Hafen von Papenburg würde damit zum Abfallzwischenlager der Region mit allen Immissionsgefahren und der bereits erlebten Brandgefährdung.

15.10.2016

## Für Schulstandort Herbrum

Besorgt zeigte sich die SPD-Fraktion über die Absicht, den Schulstandort Herbrum aufzugeben. Zwar gab es damals keinen gesetzgeberischen Zwang zur Schließung der Grundschule Herbrum, aber der Kita-/Schul- und Jugendausschuss könnte am 13.02.07 die Schließung der Grundschule Herbrum beschließen.

SPD-Ratsherr Bernhard Schmees wies auf die Möglichkeit kombinierter Klassenverbände hin. Eine Schule, die wegen zu geringer Schülerzahlen nicht einzügig geführt werden konnte, durfte fortgeführt werden, wenn ansonsten die Schulwege wesentlich ungünstiger würden. Im Falle der Grundschule Herbrum müssten alle Schüler zur Amandusschule in Aschendorf gefahren werden, was einen wesentlich erschwerenden Schulweg bedeuten würde. Es gab aber auch die Möglichkeit, kombinierte Klassen einzurichten, um damit eine Halbzügigkeit mit jeweils mindestens 14 Schüler/Innen zu erreichen. Dabei könnten die Klassen 1 und 2 sowie 3 und 4 zusammen

gelegt werden, die dann in Verbänden von mindestens 14 Schülern unterrichtet würden.

Die SPD-Fraktion kritisierte, dass im Wahlkreis des Kultusminister jetzt wohl die erste kleine Schule geschlossen würde, während er gerade noch die Entschlossenheit der Landesregierung bekräftigt hatte, trotz rückläufiger Schülerzahlen kleine Schulstandorte in Niedersachsen zu erhalten. Der Minister ermunterte sogar die Kommunen, mit der Regierung um den Erhalt der kleinen Schulen zu kämpfen. Diese Botschaft schien in Papenburg noch nicht angekommen zu sein, denn ohne zwingenden Grund sollte der Schulstandort Herbrum aufgegeben werden. „Die SPD habe vor der Kommunalwahl die Erhaltung der Schule in Herbrum gefordert;“ so SPD-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel: „und sie trete auch jetzt nach der Wahl für den Erhalt der Grundschule in Herbrum ein.“

Februar 2007

## „Ölmühlenplatz“ gewinnt vor „Jos.-L.-Meyer-Platz“

### Kulturausschuss: Abstimmung über neue Straßennamen

andi **PAPENBURG.** Gleich drei neue Straßennamen kann es geben, wenn der Rat den Beschlussvorschlägen des Kulturausschusses folgt. Auf seiner ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode stimmten die Ausschussmitglieder zunächst über die Umbenennung des Verbindungsstücks der Straße „Hauptkanal rechts“ mit der Straße „Am Stadtpark“ ab. Dieser Platz, auf dem Meyers Mühle steht, soll nicht mehr nur im Volksmund, sondern auch offiziell „Mühlenplatz“ heißen, dafür stimmte der Ausschuss einstimmig.

Weniger klar war die Benennung des im Zuge der Baumaßnahmen am Turmkanal entstehenden Multifunktionsplatzes, der jetzt „Ölmühlenplatz“ heißen soll. Der Vorschlag von Thomas Witolla für die SPD-Fraktion, den Platz „Jos.-L.-Meyer-Platz“ zu nennen, wurde mit acht gegen zwei Stimmen abgewiesen. Zur Begründung hieß es, die Bezeichnung könne verwirren, weil die

Meyer Werft längst an einem anderen Standort heimisch sei. Der Name „Ölmühlenplatz“ ergebe sich aus der Lage des Platzes, der früher an die Gießerei der Werft angrenzte, erklärte Ausschussvorsitzender Lukas Kampeiling. Dieser Name werde auch von Bernard Meyer favorisiert.

Die dritte Namenswidmung galt dem Platz am Alten Turm am Obenende. Die Kolpingsfamilie St. Michael war an die Verwaltung herangetreten mit dem Vorschlag, den Platz künftig „Kolpingplatz“ zu nennen. „Der Alte Turm ist ein bedeutendes Wahrzeichen Papenburgs“, gab Ausschussvorsitzender Lukas Kampeiling (CDU) zu bedenken, „man sollte es bei ‚Platz am Alten Turm‘ belassen.“

Peter Raske (SPD) wies darauf hin, dass der Begriff „am Alten Turm“ sich bei der Bevölkerung eingebürgert habe und einen Orientierungspunkt biete. Dem folgenden Beschlussvorschlag der Ver-

waltung, den bislang ungewidmeten Platz statt „Kolpingplatz“ jetzt auch offiziell „Platz am Alten Turm“ zu nennen, stimmte der Ausschuss dann einstimmig zu.

In einem zweiten Antrag der Kolpingsfamilie ging es um die Genehmigung dafür, eine in Sandstein eingefasste schwarze, 140 mal 80 Zentimeter große Granitplatte mit dem eingravierten Bild Adolf Kolpings am Alten Turm zu befestigen. Aus Denkmalschutz-Sicht gebe es keine Bedenken, teilte hierzu Bürgermeister Jan-Peter Bechtluft (CDU) mit.

Daniela Herden (Grüne) äußerte Bedenken: „Der Turm hat eine ganz andere Funktion, als an Kolping zu erinnern“, bemerkte sie, „er dient dem Gedenken an die Toten zweier Kriege.“ Inhaltlich sehe sie zu wenig Zusammenhang. Der Ausschuss stellte zu diesem Thema noch Gesprächsbedarf mit der Kolpingsfamilie fest und vertagte den Tagesordnungspunkt.

Ems-Zeitung 02.02.2007

15.10.2016

## SPD fordert mehr Transparenz im Stadtrat

Nach dem Wirrwarr über das Rederecht von Ratsmitgliedern im Bauausschuss, die nicht dem Ausschuss angehörten, und die Diskussion um deren Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung erinnerte die SPD an ihre Forderung nach Ratsöffentlichkeit für den Verwaltungsausschuss. Die SPD forderte, dass auf der nächsten Stadtratssitzung ihre Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung behandelt würden.

Sie forderte, dass jedes Ratsmitglied an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörer oder Zuhörer teilnehmen kann. Außerdem sollte in der Satzung die Neutralität bei der Sitzungsleitung festgeschrieben werden. Die oder der Vorsitzende hätten die Sitzungen unparteiisch zu leiten. Wollte sie oder er zu einem Verhandlungsgegenstand selbst Stellung nehmen, so sollte der Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung dieses Gegenstandes abgeben werden.

Die SPD-Fraktion konnte nicht verstehen, warum einige Ratsmitglieder der CDU andere Ratsmitglieder von den Möglichkeiten, sich aus erster Hand durch das Verfolgen der Diskus-

sion in den Ausschüssen zu informieren, ausschließen wollten. „Hat die CDU Angst davor, dass ihre Zerstrittenheit und Taktiererei für mehr Ratsmitglieder offenkundig wird?“ fragte Peter Raske. Nach seiner Meinung entstünden durch mehr Informationsmöglichkeiten eine verbesserte Transparenz über die Hintergründe von Entscheidungen. Außerdem würde dadurch der demokratische Entscheidungsprozess gefördert.

Nach wie vor schienen Einzelinteressen einiger CDU-Ratsmitglieder bei ihren Entscheidungen im Vordergrund zu stehen, statt das Gesamtwohl der Stadt im Auge zu haben. Dies zeigten gerade die Vorgänge um den Rücktritt von Uschi Mersmann und den Ausschluss von CDU-Ratsmitgliedern aus der Partei. Mit ihrer Forderung nach Ratsöffentlichkeit im Verwaltungsausschuss wollte die SPD für mehr Transparenz bei den Entscheidungen im Rat sorgen. Mit der Möglichkeit, dass alle Ratsmitglieder sich über die Diskussion im Verwaltungsausschuss informieren könnten, ließe sich außerdem die offensichtliche Klüngelei der Vergangenheit verhindern.

## Verbesserungen im ÖPNV statt Kürzungen

Die SPD im Emsland befürchtete eine weitere Verschlechterungen im öffentlichen Personennahverkehr.

SPD-Landtagsabgeordnete Karin Stief-Kreihe erklärte: „Wir fordern die Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr zurückzunehmen“. Niedersachsen wäre im nächsten Jahr ohnehin von Kürzungen der Bundeszuschüsse betroffen. Die Regionalisierungsmittel würden 2007 um 48 Millionen Euro gekürzt. Sie kritisierte die Landesregierung, dass sie die Regionalisierungsmittel des Bundes zweckentfremdet. Eigentlich sollten diese für den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) verwendet werden. Stattdessen griff die Landesregierung in den ohnehin schon geschrumpften Topf und zweigte daraus Gelder für den allgemeinen Schülerverkehr ab, der eine Pflichtaufgabe des Landes war. Damit hätten Pendler und andere Bahnfahrer teilweise in erheblichem Maße unter einer Ausdünnung der Takte zu leiden. Die SPD forderte den Verkehrsminister auf, von dieser Praxis endlich Abstand zu nehmen und die Regionalisierungsmittel in vollem Umfang dem SPNV zur Verfügung zu stellen.

Neben den Einsparungen durch das Land würde der ÖPNV des Emslandes beeinträchtigt durch ein Nord-Süd-Gefälle. Während es in Lingen einen funktionierenden Verkehrsknotenpunkt mit Taktverkehr in verschiedene Richtungen gebe, in der Mitte der Linienverkehr auf Meppen zugeschnitten wäre, gebe es im Norden um Papenburg kaum einen Linienverkehr außerhalb des Schülerverkehrs. Peter Raske bekräftigte die Forderung an den Landkreis, ein Grundnetz für den Öffentlichen Personennahverkehr im Emsland einzurichten. Dieser sollte im Zwei-Stunden-Takt über Verkehrsknotenpunkte (Taktknotenpunkte) miteinander verbunden werden. Außerdem sollte es mit anderen Kreisnetzen verknüpft werden. Gleichzeitig wurde die Forderung nach Einführung von Discobussen im ganzen Emsland auf Strecken, die sich lohnen, erneuert.

Ems-Zeitung 07.02.2007

### „Geplante Kürzungen zurücknehmen“

#### ÖPNV: Emsland-SPD kritisiert Landesregierung

**MEPPEN.** Die SPD im Emsland befürchtet Verschlechterungen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV).

„Wir fordern die Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen im ÖPNV zurückzunehmen“, erklärt die Meppener SPD-Landtagsabgeordnete Karin Stief-Kreihe in einer Pressemitteilung. Niedersachsen sei im nächsten Jahr ohnehin von Kürzungen der Bundeszuschüsse betroffen. Diese so genannten Regionalisierungsmittel würden 2008 um 48 Millionen Euro gekürzt. Stief-Kreihe wirft der Landesregierung zudem vor, die Regionalisierungsmittel des Bundes zweckentfremden. Eigentlich sollten diese für den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV)

verwendet werden, so die emsländische SPD-Kreisvorsitzende. „Stattdessen greift die Landesregierung in den ohnehin schon geschrumpften Topf und zweigt daraus Gelder für den allgemeinen Schülerverkehr ab, der so wieso eine Pflichtaufgabe des Landes ist. Damit haben Pendler und andere Bahnfahrer teilweise erheblich unter einer Ausdünnung der Takte zu leiden.“ Die SPD fordert Verkehrsminister Walter Hirche (FDP) auf, die Mittel in vollem Umfang dem SPNV zur Verfügung zu stellen.

#### „Nord-Süd-Gefälle“

Darüber hinaus wird der ÖPNV des Emslandes nach Auffassung des stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzen-

den Peter Raske (Papenburg) durch ein Nord-Süd-Gefälle beeinträchtigt. Während es in Lingen einen funktionierenden Verkehrsknotenpunkt mit Taktverkehr in verschiedene Richtungen gebe, in der Mitte der Linienverkehr auf Meppen zugeschnitten sei, existiere im Norden um Papenburg kaum einen Linienverkehr außerhalb des Schülerverkehrs.

Raske bekräftigte die Forderung an den Landkreis, ein Grundnetz für den Öffentlichen Personennahverkehr im Emsland einzurichten. Dies sollte im Zwei-Stunden-Takt über Verkehrsknotenpunkte miteinander verbunden und mit anderen Kreisnetzen verknüpft werden.